
Rumänien im Porträt

Rezension von: Thede Kahl, Michael Metzeltin, Mihai-Răzvan Ungureanu (Hrsg. im Auftrag des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts), Rumänien, Sonderband der Österreichischen Osthefte, LIT Verlag, Wien, Berlin 2006, 976 Seiten, € 59,90.

Dieser Band erschien kurz vor dem Beitritt Rumäniens zur EU, der am 1. 1. 2007 erfolgte. Eine der wesentlichsten Stärken der EU ist ihre Vielfalt. Diese kann allerdings nur dann zur Kreativität von Kultur, Politik und Wirtschaft positiv beitragen, wenn sie von den EuropäerInnen nicht als Bedrohung, sondern als Bereicherung erlebt und empfunden wird.¹ Aufklärung ist somit eine der wichtigsten Dimensionen der Integrationspolitik. Diesem Ziel fühlen sich die Herausgeber verpflichtet: Dem deutschsprachigen Publikum soll eine aktuelle Übersicht wichtiger Aspekte des neuen Mitgliedslandes geboten werden. Der Band ist breit angelegt, erhebt aber keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Die Aufgabe, einen Überblick zu geben, ist keine leichte, denn wenngleich Rumänien mit seinen 238.000 qkm ‚nur‘ zu den mittelgroßen Staaten Europas zählt, so zeichnet es sich doch auf vielen Gebieten durch große Vielfalt aus, was u. a. damit zu tun hat, dass das Land in physisch-geographischer Hinsicht am Schnittpunkt zwischen Mittel-, Ost- und Südosteuropa und humangeographisch und kulturell an der Grenzlinie zwischen West- und Osteuropa liegt:

Transsilvanien mit seinen historischen Regionen Siebenbürgen, Banat, Kreischgebiet und Marmarosch

gehört nach Relief, Klima, Flora und Fauna zu Mitteleuropa, die Walachei (Oltenien und Muntenien) und die Dobrudscha gehören zu Südosteuropa, und die Moldau und die Bukowina eher zu Osteuropa. Die Trennlinie zwischen dem durch antike und christliche Traditionen, die Renaissance, die Reformation und die Aufklärung geprägten Westeuropa und dem durch das antike und frühchristliche Erbe, die orthodoxe Kirche und die Jahrhunderte währende osmanische Herrschaft geprägten Südosteuropa läuft mitten durch das Land: Während Transsilvanien wegen seiner fast tausendjährigen Zugehörigkeit zu Ungarn zu Ersterem zählt, gehören die übrigen historischen Regionen zu Letzterem. Diese Trennlinie ist noch heute deutlich spürbar.²

Schon die Zusammensetzung der Herausgebergruppe zeugt vom multidisziplinären Ansatz des Projekts: Thede Kahl ist Geograph und Balkanologe am Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Institut, Michael Metzeltin ist Vorstand des Instituts für Romanistik der Universität Wien, und Mihai-Răzvan Ungureanu ist Historiker und war zum Zeitpunkt des Erscheinens des enzyklopädischen Sammelbandes Außenminister Rumäniens. Die AutorInnen der insgesamt fünfzig Beiträge kommen aus Rumänien, Deutschland, Österreich, der Schweiz und Großbritannien.

Der Band ist in sieben Teile gegliedert. Der erste Abschnitt „Raum und Bevölkerung“ befasst sich u. a. mit der Demographie, der ethnischen Vielfalt, der Regionalentwicklung und der Umweltsituation.

Der zweite Teil bietet einen Abriss der rumänischen Geschichte von der Antike bis zum Ende des kommunistischen Regimes 1989 und beleuchtet die Entwicklung der rumänischen

Historiographie. Der Beitrag der Mainzer HistorikerInnen Petra Schaser und Gerald Volkmer skizziert das halbe Jahrhundert kommunistischer Herrschaft in Rumänien (1947-89), leider ohne den Versuch zu machen, eine vorläufige Bilanz zu ziehen, was diese für Land und Leute bedeutet(e).

Die Sowjetisierung des Landes hatte Ende Dezember 1947 mit der Ausrufung der „Volksrepublik Rumänien“ ihren Anfang genommen. Die Verfassung von April 1948 kopierte jene der Sowjetunion von 1936. Die Exekutive hatte de facto das Primat inne, sodass Rumänien durch Ministerratsbeschlüsse und nicht durch Gesetze der Nationalversammlung regiert wurde. Die Verfassung von September 1952 verankerte die führende Rolle der „Rumänischen Arbeiterpartei“ (PMR) im Staate. Wie in den anderen Ländern des RGW (Beitritt 1949) und des Warschauer Paktes (Gründungsmitglied 1955) stellte das Zentralkomitee der kommunistischen Partei mit seinem Politbüro die eigentliche Machtzentrale des Landes dar. Stalinistische Herrschaftsmethoden, gekennzeichnet durch Unterdrückung und Terror, währten in Rumänien unter dem PMR-Generalsekretär Gheorghiu-Dej noch lange über Stalins Tod hinaus bis Mitte der 1960er Jahre fort.

Neben der politischen Neuordnung bildete die vollständige wirtschaftliche Umgestaltung das Kernstück der inneren Sowjetisierung. Industrie- und Dienstleistungsunternehmen wurden bereits ab Juni 1948 verstaatlicht. Die Kollektivierung der Landwirtschaft, die im März 1949 begann, zog sich wegen des heftigen Widerstands der Landbevölkerung bis 1962 hin. Den Übergang zur Planwirtschaft beschloss die PMR Ende 1948. Nach sowjetischem Vorbild erhielt die Forcierung der Industrie,

insbesondere der Schwerindustrie, wirtschaftspolitischen Vorrang.

Nach Gheorghiu-Dejs Tod wurde Nicolae Ceaușescu 1965 zum Generalsekretär der Kommunistischen Partei (PCR) gewählt. Seine Herrschaft wird von den AutorInnen treffend als „dynastischer Kommunismus“ bezeichnet. Sie war charakterisiert durch selbst im Ostblock einzigartige Machtkonzentration – Ceaușescu hatte persönlich alle entscheidenden staatlichen und parteilichen Funktionen inne –, einen sich am nordkoreanischen Vorbild orientierenden Personenkult, ein ungewöhnlich hohes Maß an Klientelwirtschaft, Patronage(un)wesen und Nepotismus, insbesondere die Berufung von Familienmitgliedern und Freunden in Schlüsselpositionen, und die permanente Rotation aller übrigen Führungskader. Ab 1974 regierte Ceaușescu weitgehend durch persönlich erlassene „Präsidialdekrete“, die Gesetzeskraft besaßen. Die PCR wurde zur bloßen Zustimmung- und Akklamationsmaschinerie für die Beschlüsse Ceaușescus degradiert.

Die politische Tauwetterphase, die Mitte der 1960er Jahre einsetzte, dauerte nicht lange. Von 1971 an wandelte sich Rumänien wieder zu einem Polizeistaat. Überwachungs- und Terrorinstrument des totalitären Regimes war die gefürchtete Geheimpolizei Securitate. Eine Konsequenz davon bildete die Traumatisierung der Bevölkerung in der Form der kollektiven Bewusstseinsspaltung. Nicht zuletzt dadurch „entstand jene Spirale vorausseilender Befehlserfüllung, die es Ceaușescu ermöglichte, ohne größeren Widerstand zu regieren“. (S. 308) Der nationalkommunistische Kurs, der nach außen eine Distanzierung gegenüber Moskau und eine eigenständige Politik implizierte, schlug sich im Inneren in staatlichen

Bestrebungen zur Assimilierung der nichtrumänischen Ethnien des Vielvölkerstaates nieder.

Die unabhängige Außenpolitik erleichterte Rumänien in den 1970er Jahren die Kreditaufnahme im Westen. Diese Darlehen wurden zur Errichtung megalomanischer Industrieanlagen verwendet, die entweder gar nicht in Betrieb gingen oder sich als ineffizient und ineffektiv erwiesen. (Heute rosten viele davon mitten in der Einöde vor sich hin und fungieren als unbeabsichtigte Denkmäler einer wahnwitzigen Industriepolitik.) Anfang der 1980er Jahre war das Land extrem überschuldet. Unter dem Druck dieser Situation schwenkte Ceaușescu 1982 auf einen Autarkiekurs um. Mittels drastischer Austeritätspolitik sollten bis 1990 alle Auslandsschulden getilgt werden. Die leidgeprüfte Bevölkerung hatte dies mit katastrophalen Engpässen in der Versorgung mit Konsumgütern und Energie zu bezahlen. Der Lebensstandard der breiten Mehrheit – nicht der herrschenden Nomenklatura in ihren abgeschirmten Ghettos – verschlechterte sich wesentlich.

Auf den wachsenden Druck Moskaus ab Mitte der 1980er Jahre, Reformen im Sinne von *Perestroika* (Umbau) und *Glasnost* (Öffnung) durchzuführen, reagierte Ceaușescu mit einer Strategie des konservativen Wandels. Scheinreformistische Maßnahmen, Propaganda und Populismus verschleierten die antireformistische, nach innen und außen verhärtete Generallinie.

Wie sich Rumänien nach dem Umbruch von 1989 gesellschaftlich und politisch entwickelte, darüber gibt der vierte Abschnitt des Bandes Auskunft. Die Politologin Anneli Ute Gabanyi befasst sich mit dem politischen System und der Parteienlandschaft des postkommunistischen Rumänien.

Im Dezember 1989 wurde Ceaușescu durch einen gewaltsamen Staatsstreich gestürzt und nach einem summarischen Schauprozess hingerichtet. Der innerparteilichen Fronde, die erheblich zum Sturz des Diktators beitrug, gehörten nicht nur sowjetfreundliche Kader sowie enttäuschte Leistungseliten, sondern auch Armeeoffiziere und Securitate-Funktionäre an. Die Architekten des Staatsstreichs hatten mit verdeckter ausländischer Unterstützung einen Bevölkerungsaufstand in mehreren Städten provoziert. Das Ziel der heterogenen Gruppe von Revolutionsgewinnlern, die sich in der „Front der nationalen Rettung“ (FSN) organisierten und in den ersten Jahren nach dem Umbruch die Politik bestimmten, war nicht ein grundlegender Systemwandel, sondern ein Umbau gemäß den Vorstellungen Gorbačëvs.

Im November 1991 verabschiedete die Verfassungsgebende Versammlung eine neue Verfassung, welche von der Bevölkerung durch ein Referendum bestätigt wurde. Dieses Grundgesetz verankerte ein gemischtes, parlamentarisch-präsidentielles System. Kompetenzüberschneidungen zwischen dem aus zwei Kammern bestehenden Parlament, dem vom Volk gewählten Präsidenten und dem Premierminister bedingten allerdings anhaltende Spannungen und Konflikte. Erst die Verfassungsnovelle von 2003 schaffte hier Klarheit: Seitdem ist es dem Staatspräsidenten ausdrücklich untersagt, den Premierminister zu entlassen. Die Republik erhielt somit ein parlamentarisches Regime. Zudem wurden die rechtlichen Voraussetzungen für die Integration Rumäniens in die NATO und die EU gelegt. (Recht und Verfassung widmet sich ein eigener Abschnitt des Bandes.)

Das Parteiensystem hat sich noch nicht verfestigt: „Parteien entstanden und verschwanden, spalteten sich und verschmolzen miteinander, bildeten mehr oder weniger stabile Bündnisse und Allianzen, Politiker wanderten von einer Partei zur anderen.“ (S. 529) Entscheidend sind nicht Programme, sondern Personen, klientelistische Beziehungen und populistische Parolen. Bisher kam es bei fast allen Wahlen zur Ablösung der regierenden Koalition durch die jeweilige Opposition.

Das schwere Erbe Ceaușescus wirkt in Gestalt von Nepotismus, Korruption und Überzentralisierung der Verwaltung bis in die Gegenwart hinein. Die Unterbezahlung der öffentlich Bediensteten, die instabile Gesetzeslage, das geringe Vertrauen der Bürger in den Staat, die schlechte Organisation der staatlichen Bürokratie, der Mangel an politischer und demokratischer Kultur sowie die ausgeprägte Selbstbereicherungsmentalität von Beamten, Politikern und leitenden Unternehmensangestellten sind wichtige Ursachen der nach wie vor allgegenwärtigen Korruption, die jüngst auch die EU-Kommission beklagte.

Wirtschaftliche Themen werden im fünften Abschnitt des Sammelbandes aufgegriffen. Sándor Gardó, Mitarbeiter einer österreichischen Großbank, beschreibt die konjunkturelle Entwicklung, die wirtschaftspolitischen Reformen und den Strukturwandel seit dem Wechsel der Wirtschaftsordnung.

Der Beginn der Transformation der rumänischen Wirtschaft war mit einer tiefen Krise verbunden, die von 1989 bis 1993 anhielt. Das reale BIP schrumpfte von 1989 bis 1992 um nicht weniger als 25%. Diese erste Übergangskrise bewirkte eine massive Deindustrialisierung: Die Ineffizienz vieler Industriebetriebe trat offen zutage, die

Industrieproduktion sank um mehr als die Hälfte. Bis ins laufende Jahr hat die Industrie das Produktionsniveau von 1989 noch nicht wieder erreicht. Die Quote der registrierten Arbeitslosigkeit stieg auf 10,4% (1993), die tatsächliche Arbeitslosigkeit war aber noch viel höher: Viele ehemalige Industriearbeiter kehrten in ihre Dörfer zurück und betrieben Subsistenzlandwirtschaft, womit sie zur versteckten Arbeitslosigkeit in diesem Sektor beitrugen, andere zogen sich überhaupt entmutigt aus dem Arbeitsmarkt zurück.

Weitere Kennzeichen dieser ersten Transformationskrise waren Hyperinflation (256% 1993) und drastische Abwertung des Leu. Ein Zwillingdefizit tat sich auf: Das Budgetdefizit erreichte 1992 4,4% des BIP, und das Leistungsbilanzdefizit explodierte auf 8% des BIP (1992).

Vor dem Hintergrund der verheerenden Wirtschaftspolitik des Ceaușescu-Regimes mit ihrem auf raschestmögliche Tilgung der ausländischen Schulden ausgelegten Austeritätskurs und wegen der befürchteten sozialen und politischen Kosten einer Schocktherapie nach polnischem Muster zogen die Regierungen einen graduellen Reformansatz vor. In der Praxis glich das Vorankommen auf dem Reformpfad allerdings infolge der häufigen Regierungswechsel, mangelnden Umsetzungswillens, parteipolitischer Querelen und gravierender Fehlentscheidungen einem ständigen Wechsel zwischen Gasgeben und Bremsen.

Die Erholungsphase von 1994 bis 1996 beruhte auf temporären Exporterfolgen dank der starken Abwertung, was sich auch in einer Besserung der Leistungsbilanzsituation niederschlug. Es gelang, die Teuerung auf eine jährliche Rate von rund 30% zu dämpfen.

1997-99 geriet die Wirtschaft in eine zweite Transformationskrise. Das reale BIP fiel bis 1999 auf nur 78% des Niveaus von 1989. Charakterisiert war diese schwere Rezession weiters durch krisenhafte Erscheinungen im Bankensektor, eine erneute Beschleunigung der Teuerung (155% 1997) und massiven Wertverlust der Währung nach außen (€ : ROL von 1 : 30 1990 auf 1 : 16.300 1999) sowie stark steigende Auslandsverschuldung (30% des BIP 1997). Die stark restriktive Fiskalpolitik vertiefte die Rezession.

Die konjunkturelle Wende gelang 2000. Seither befindet sich die rumänische Wirtschaft auf nachhaltigem Expansionskurs. Das hohe Wachstum wird getragen vom boomenden Konsum, aber auch von den Investitionen. Der Außenbeitrag hingegen ist stark negativ.³ Infolge des hohen Importbedarfs stieg das Leistungsbilanzdefizit auf 10,3% des BIP 2006. Die Auslandsverschuldung betrug 2005 bereits 38,6% des BIP. Die offene außenwirtschaftliche Flanke stellt das größte makroökonomische Problem dar. Das Budgetdefizit konnte hingegen infolge des hohen Wirtschaftswachstums unter Kontrolle gebracht werden: Der Finanzierungssaldo des Staates belief sich 2006 auf -1,9% des BIP. Die offiziell registrierte Arbeitslosigkeit verminderte sich bis 2006 auf 7,2%. Die Inflationsrate befindet sich mittlerweile im einstelligen Bereich (2006 6,6%).

Die Einkommenskluft zwischen Rumänien und den ostmitteleuropäischen Ländern hatte sich während der 1990er Jahre infolge der erwähnten schweren Transformationskrisen weiter vergrößert. 2006 lag das rumänische Pro-Kopf-BIP zu Kaufkraftparitäten bei 36% des EU-25-Durchschnitts. Bulgarien befand sich mit 35% auf dem gleichen Niveau, Polen erreichte bereits 51%.

Slowenien (84%) und Tschechien (76%) ließen den Nachzügler unter den EU-15, Portugal (70%), bereits deutlich hinter sich. (Die Wirtschaftsleistung des informellen Sektors Rumäniens beläuft sich auf rund ein Drittel des BIP)

Nicht nur das Einkommensgefälle gegenüber Westeuropa und Ostmitteleuropa nahm während der Dekade des Übergangs zu, sondern auch die Einkommensunterschiede innerhalb des Landes. Einer ganz schmalen Schicht von sehr reichen Privatisierungsgewinnlern stehen rund vierzig Prozent der Bevölkerung gegenüber, die ein Leben unter der offiziellen Armutsgrenze fristen.⁴

Infolge der Wirtschaftspolitik Ceauşescus und des Systemwechsels hat Rumänien mit schwerwiegenden wirtschaftsstrukturellen Problemen zu kämpfen. Wegen der drastischen Schrumpfung der Industrie, der unzureichenden Dynamik des Dienstleistungssektors, aber auch wegen der Agrarreformen zeigte der sektorale Strukturwandel der Beschäftigung nach dem Umbruch regressiv Tendenzen: Die Beschäftigung in der Landwirtschaft nahm in den 1990er Jahren zu. Die Mehrzahl der Bauern betreibt auf viel zu kleinen Parzellen Subsistenzlandwirtschaft. 2005 betrug der Anteil der Land- und Forstwirtschaft an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen 32%! (Die Erwerbsquote unter den 15- bis 64-Jährigen belief sich auf 58%.)

Im Hinblick auf die Herkunft der Produktion aus privatem bzw. öffentlichem Sektor hat sich die Relation mittlerweile umgekehrt: Betrug der Anteil des privaten Sektors an der Wertschöpfung 1989 nur 13%, so stammen gemäß Gardó nun bereits etwa 70% von dort.

Die beiden bislang nicht erwähnten

Abschnitte des Sammelbandes befassen sich mit kulturellen Aspekten (Sprache, Literatur, Musik, Volkskunst etc.) bzw. den historischen Regionen des Landes. Ein Index, der neben Personennamen und Ortsbezeichnungen auch einige Sachbegriffe und Fachtermini umfasst, ermöglicht die Verwendung als Nachschlagewerk. Das gut gegliederte Literaturverzeichnis gibt den LeserInnen Hinweise für die Vertiefung vieler Themen. Alles in allem wird der Band dem Ziel der Herausgeber, eine landeskundliche Übersicht zu bieten, gerecht.

Martin Mailberg

Anmerkungen

- ¹ Die Vielfalt, die integriert werden kann, ist freilich nicht unbegrenzt – eine nicht ganz neue Erkenntnis, der sich viele EU-Politiker zu verschließen scheinen.
- ² Zur langfristigen Relevanz der früheren Zugehörigkeit zur Habsburgermonarchie bzw. zum Osmanischen Reich für die Institutionen im heutigen Mittelost- und Südosteuropa siehe: Dimitrova-Grajzl, Valentina, *The Great Divide Revisited: Ottoman and Habsburg Legacies on Transition*, in: *Kyklos* 60/4 (2007) 539-558.
- ³ Zur Wirtschaftsentwicklung der Jahre 2002-6 siehe: Astrov, Vasily, *Wirtschaftswachstum in den MOEL zunehmend durch heimische Nachfrage bestimmt*, in: *WIFO Monatsberichte* 5 (2007) 435ff.
- ⁴ Vgl. Leiß, Olaf, *Rumänien 2007*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 11 (2004) 1303ff.